

Saale-Beitung.

Fünfundzigster Jahrgang.

Augelien

eben die 6 gepulverten Kolonnen...

Schicht täglich normal...

Schiffahrt und Haupt-Verkehr...

Bezugspreis

Im Jahr monatlich 1.00 Mk. vierteljährlich...

Nr. 29.

Halle, Mittwoch, den 19. Januar

1916.

Die Neujahrschlacht in Ostgalizien.

70000 Russen tot und verwundet, 6000 gefangen.

Die Friedensverhandlungen mit Montenegro.

Kronprinz Danilo Vorwürfe gegen den König von Italien — Abreise der Vierverbandsgeandten aus Montenegro.

e. B. Wien, 18. Januar. Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß die Friedensverhandlungen...

e. B. Wien, 18. Jan. Bereits am 7. Januar, also noch vor der Eroberung des Boboc, hatte Montenegro...

e. B. Wien, 18. Januar.

Die „Wiener Allgemeine Zeitung“ medelt aus Genf: Da aus verlässlichen politischen Kreisen...

e. B. Wien, 18. Januar. Der „Zeit“ wird aus Genf berichtet: Die Geandten des Vierverbandes...

Nähe in Cetinje.

e. B. Berlin, 18. Jan. Das I. u. I. K. Regimentsquartier meldet: Cetinje ist eine kleine Stadt mit niedrigen...

König Nikita's Residenz.

Die „Hauptstadt“ Cetinje.

ml. Nachdem die österreichisch-ungarischen Truppen den Boboc erobert hatten, stand ihnen der Weg nach Cetinje...

Der österreichisch-ungarische Heeresbericht.

WTB. Wien, 18. Januar. Antlich wird verlautbart: Russischer Kriegshauptlag.

Da auch der heutige Tag keine besonderen Ereignisse brachte, kann die Neujahrschlacht in Ostgalizien...

Der Feind zieht neuerlich Verstärkungen nach Ostgalizien.

Somit im Nordosten keine besonderen Ereignisse.

Italienischer Kriegshauptlag.

Die Lage ist unverändert. An der Dolomitenfront...

Südlicher Kriegshauptlag.

Die Verhandlungen, die die Waffenruhe des montenegrinischen Heeres zu regeln haben...

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes...

Ergebnis zur See.

Am 17. Januar nachmittags vollführte ein Geschwader von 14 Seefregatten einen starken Angriff gegen Ancona...

über 3000 Einwohner; höhere Angaben, die von 4½ Tausend Bewohnern reden, dürften übertrieben sein.

weniger als — 24 Zimmer. Man braucht darüber keineswegs zu lachen; es gibt in ganz Montenegro nicht noch ein Haus...

Zimmer gibt es in Cetinje, so klein die Stadt auch ist, noch einige andere Gehenswürdigkeiten, die die Fremden, die vor dem Kriege von Cattaro aus über die kunitolte Serpentinstraße am Boboc nach Cetinje hinaus kamen...

Der Jests-Dom innerhalb der Stadt im Deutschen Jansief wie montenegrinisches Haus, enthält gleichfalls eine Reihe von Gehenswürdigkeiten. Das Gebäude verdient seine Entfaltung freiwilligen Spenden zur Erinnerung an die Befreiung des Landes von der Türkenherrschaft.

Den besten und unmittelbaren Eindruck des Lebens in der Hauptstadt dieses Sonntagreichs gewann der Besucher in Friedenszeiten am Sonntag nachmittag. Da versammelte sich unter den schattigen Bäumen des Stadtparkes alles, was in Cetinje zu Hof und Gesellschaft gehört.



Die Stimmung in Italien

T. U. Sugano, 18. Jan. Der „Secolo“ warnt dringend vor einer fortgeführten öffentlichen Unterfuchung der Entnahme des Conzoni. Das Dos Montenegro sei bezeugt. Die Entente hatte kein Recht, dem König Viktoria zu räumen, wenn er einen Separatfrieden schloße, nachdem die Entente ihm im Stiche gelassen hat.

Rußland.

Brief des Dumaspräsidenten an Goremykin.

T. U. Stocholm, 18. Januar. „Birschewia Wjedomost“ melden: In einem Schreiben an den Ministerpräsidenten Goremykin schildert der Dumaspräsident Rodziganoff in knapper Fassung die ernste Lage Rußlands. Rodziganoff schließt sich in dem Schreiben ferner völlig der Absicht an, die Fortschrittlichen Bloß und der Moskauer Duma sowie des Städte- und Gemeindefongresses an, die er ausgeführt zu sehen wünscht. Der Brief ist in einem energiegelassen und bestimmten Tone gehalten. Diesen Brief las Rodziganoff dem Präsidium vor, das trotz des kategorischen Beschlusses keinen Widerspruch erhob. Die Mitglieder der Duma legen diesem Schreiben große Bedeutung bei.

Die Gärten in Rußland.

c. B. Stocholm, 18. Januar. Die revolutionäre Bewegung in Rußland nimmt zu. In verschiedenen Petersburgern Bereichen (anden, der „Birschewia Wjedomost“ zufolge, am 11. Januar viele Hausbesuchen statt, besonders unter den Arbeitern, wobei zwei Redaktionsmitglieder der verbreiteten Monatschrift „Ausblick“ verhaftet wurden. Eine verärrtete Postabteilung drang nichts in die Wohnung des Schriftstellers Rodowson und des Dichters Malotkin. Auch bei den Mitgliedern der ersten Duma, dem Abolaten Bransan, fand eine Hausbesuche statt. Doch einstündigen Verhörs wurden alle dort Anwesenden verhaftet. In Moskau wurden viele Tolstoiener wegen Militärdienstverweigerung verhaftet und vor das Kriegsergericht gestellt.

Rumänischer Protest gegen Rußland.

c. B. Budapest, 18. Januar. „A Vilag“ wird aus Budapest gedruckt: Die rumänische Regierung hat einen schriftlichen Protest auf dem Wege der rumänischen Gesandtschaft bei der russischen Regierung wegen Verletzung der rumänischen Neutralität durch russische Kriegsschiffe erhoben. Zwei russische Kriegsschiffe haben mehrere rumänische Transportdampfer verhaftet und einen derselben innerhalb der rumänischen Wasserzone erreicht und verhaftet, während es dem anderen gelang zu entkommen. Der Protest der rumänischen Regierung ist in höflichem Tone gehalten, macht jedoch die Russen sehr bestimmt auf die Folgen aufmerksam, da die rumänischen Grenzschiffe Weisung erhalten haben, solche Uebertreffe künftig zu verhindern.

Ruhe in Dünaburg.

c. B. Kopenhagen, 18. Januar. Wie die „Berlingske Tidende“ aus Petersburg meldet, herrscht in Dünaburg vollständige Ruhe. In diesem Teile der Front hat die Artillerie aufgehört. Deutsche Flieger haben bis lange nicht geflogen. In Dünaburg wurde das Theater und die Vergnügungssalons wieder eröffnet. Zahlreiche Beamte, die nach Wilna geschickt worden, sind zurückgekehrt. Auch die Geschäftsleute kehren in steigender Zahl zurück und öffnen wieder ihre Läden.

Rückkehr der französischen Militärbefehlsabteilung aus Rußland.

Die französische Abordnung, die an der russischen Front zu Besuch gewesen hatte, ist, wie der „Temps“ aus Petersburg meldet, wieder nach Frankreich abgereist. Zur General Paul und Oberst Brunere werden noch in Rußland bleiben und haben sich ins Hauptquartier begeben, wo auch der Zar gegenwärtig ist.

England.

Die Wehrpflichtvorlage und ihre Gegner.

WTB. London, 18. Januar. (Neuter.) Bei der Abstimmung über die zur Militärdienstvorlage beantragten Änderungsbeschläge erhielt die Regierung eine übermächtige Mehrheit. Die Anträge der Arbeiterpartei, durch welche die Möglichkeit eines industriellen Zwanges ausgeschlossen werden soll, werden morgen zur Verhandlung gelangen.

Genf, 18. Januar. Aus Rotterdam wird gemeldet: In der Grafschaft London fanden am Sonntag über 30 große Kundgebungen gegen die allgemeine Wehrpflicht statt.

Wo ist „King Edward VII.“ untergegangen.

Die Nachricht, die in englischen Blättern verbreitet ist, daß das Dampfschiff „King Edward VII.“ vor Gallipoli untergegangen sei, ist falsch. Das Schiff ist, nach holländischen Meldungen an der schottischen Küste gesunken und die gerettete Mannschaft in schottischen Häfen gelandet worden.

Englands Russel-Umara-Flot.

WTB. Konstantinopel, 17. Januar. Das Bagdader Blatt „Saba Millet“ berichtet, daß die Engländer schon vor 14 Tagen die Truppen der Garnison von Russel-Umara auf halbe Brotration gesetzt haben. Die Zahl der Verwundeten nach Einschließung der Stadt betrug 3000.

WTB. London, 17. Januar. (Neuter.) Unterhaus. Chamberlain teilte mit, daß am 14. und 15. Januar die ganze Stellung der Fürzen bei Mann in der Nähe von Russel-Umara erobert wurde. Die türkischen Nachbarn bezogen die Stellungen bei Enfir.

Durch Dorchs „Werbemägen“ in Australien.

T. U. London, 17. Januar. „Daily News“ melden aus Sydney, daß Lord Dorchs Werbemägen jetzt auch in Australien eingesetzt werde, um so noch vor dem Monat Juni die von der Regierung in Aussicht gestellten 50 000 Mann zusammen zu bekommen. An alle Männer im Alter

von 16 bis 44 Jahren sind besondere Aufrufe erlassen worden, worin die folgenden Fragen gestellt werden:

- 1. Sind Sie gemüßt, Dienst zu nehmen? Wenn Ihre Antwort bejahend lautet, erhalten Sie Ihren Aufruf 14 Tage vor Ihrer Einrückung ins Heer.
2. Sind Sie gemüßt, später Dienst zu nehmen? Falls ja, wird Angabe des Datums erbeten.
3. Wenn Sie keinen Dienst nehmen wollen, so geben Sie die Gründe hierfür an.

Deutscher Reichstag.

WTB. Berlin, 18. Januar.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 15 Min. Nach debattierter Erledigung einiger Petitionen wird über den Antrag zur Vertagung des Reichstages bis zum 15. März beraten.

Abg. Schiffmann (Soz.): Vom 15. März bis 1. April verbleiben höchstens 14 Sitzungstage zur Beratung des Etats und der neuen Steuern. Ich erhebe keinen Widerspruch, mache aber darauf aufmerksam, daß wir unsere Aufgaben in dieser kurzen Zeit unmöglich lösen können.
Staatssekretär Dr. Helfferich: Es soll auch in Friedenszeiten vorgekommen sein, daß der Etat nicht rechtzeitig fertiggestellt wurde. Damit werden wir auch jetzt rechnen müssen. Der Nachteil wird nicht groß sein, da der Etat knapp wird. Ein eigentlicher Vorschlag wie in Friedenszeiten ist nicht denkbar. Auch bei den Steuerentwürfen handelt es sich um andere Gesetze, als bei den Finanzentwürfen. Jetzt sind es Kriegsfinanzmaßnahmen, kein Defizitium. Ich hoffe, daß die Vorlagen in relativ kurzer Zeit selbst bei ausgiebiger Erörterung fertiggestellt werden.

Nachdem die Abg. Ballermann (nl.), Ledebour (Soz.), Dr. Spahn (Zentr.) und Dr. Dersel (konf.) Bedenken geltend gemacht haben, schließt die Aussprache und die Vorlage wird angenommen.

Es folgt die

Justizdebatte.

Abg. Dittmann (Soz.): Das Symbol, unter dem wir zusammenzutreten, ist der Maulwurf für den Deutschen Reichstag. Selbst aus dem Reichstagsgebäude sind in unserm Hallischen Parteibüro große Stellen gegraben worden. Das ist unerhöflich und eine Verfassungsverletzung. (Hört, hört!) Es handelte sich dabei nicht um einen Mißgriff untergeordneter Stellen; es lag vielmehr die gezielte Anweisung aus Berlin vor. Ganz tollie die Zeitung verhöhnen werden. Da haben Sie die Justiz in Notstand gebracht. Sie, wie die Exekution auf Recht und Verfassung herumtrampeln. (Vizepräsident Dove ruft den Abgeordneten zur Ordnung.) Ich denke, wir dürfen im Deutschen Reich deutlich sprechen. (Vizepräsident Dove verbietet sich jede Kritik seiner Gefährtsfranz.) Der Kaiser kennt keine Parteien mehr und der Reichstanzler spricht vom Unrat, der weggefegt ist. Eine Fülle schöner Worte! Statt der Freiheit für das Volk ist alles beim alten geblieben, ja, alle Rechte sind noch beschnitten worden. (Sehr wahr!) In Wahrheit ist

die Justiz keine militärische, sondern eine politische geworden.

Der Presseleak des Ministers des Innern läßt tief schaden. Es ist unmoralisch. (Vizepräsident Dove: Sie dürfen härteste Kritik üben, aber nur in parlamentarischer Form.) Die Justiz will Freund und Feind vorziehen, sie ist überhaupt nicht da. Die Justiz ist raffiniert parlamentarisiert. Das Volk soll nicht wissen, was im Volke vorliegt. Die persönliche Freiheit ist nicht nur für die Nebenbestimmungen, die Sozialdemokraten werden sogar gefragt, ob sie zur Wehrzeit oder Wehrzeit gehören. Wo bleibt da der Burgfrieden? Wegen seiner politischen Einstellung ist mancher in Haft gefesselt worden. (Hört, hört!) Wüßig parteihaft ist die Handhabung des Verbotes der Erörterung von Kriegsspielen, je nachdem man Anexionen ist oder nicht. Wir fordern die Beilegung des Belagerungszustandes. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gerstenberger (Zentr.): Die Ansicht über die Erörterung der Friedensziele ist selbst bei den Sozialdemokraten völlig verschieden. Auch aller Bedenken gegen die Handhabung der Justiz können wir doch nicht ganz auf sie verzichten.

Abg. Fißhock (f. Sp.): Es zeigt sich die Unterlassungslünde, daß wir nicht rechtzeitig dafür gesorgt haben, die militärische Gewalt in Einklang zu bringen mit der allgemeinen gültigen Rechtsform. So weit können wir nicht gehen, daß der Belagerungszustand einfach aufgehoben wird, wohl aber ist es höchste Zeit, Korrektur einzutreten zu lassen.

Überall sind nicht der gute Wille und die gute Einsicht vorhanden. Auch wird die Justiz unerschrocken und unangenehm gehandhabt. Wir halten es noch heute für das Beste, in die Erörterung der Friedensziele noch nicht einzutreten, solange der Feind uns noch geschnitten will.

Wir sind uns alle einig in den großen Zielen, die der Krieg zu bringen hat.

Das Bedauerlichste ist das Verbot. Es scheint, als ob der Justiz kein Begriff davon hat, was er mit diesem Verbot anrichtet. Die Verletzung des Briefgeheimnisses widerspricht jedem Rechtsempfinden. Schlimmeres kann es nicht geben, als die Unterdrückung der innerpolitischen Erörterungen. Unser Volk darf nicht am Gängelband geführt werden. (Sehr richtig!) Die Parlamentsberichte dürfen unter keinen Umständen der Justiz unterworfen werden. Gegenüber dem Voebeßlichen Gerfch haben wir die Befürchtung, daß auch in Zukunft mit Zwangsmaßnahmen vorgegangen wird. Die Verhaftungen der Thronrede müssen erfüllt werden. (Beifall.)

Abg. Stresemann (nl.): Unrichtig ist die Annahme, daß der Reichstag nicht zuständig ist für die Besprechung des Voebeßlichen Gerfches. In Preußen besteht leider eine lärmige Opposition zwischen Regierung und Volk.

Was hier kommen soll, ist ein mit 3 wangsmaßregeln gegliedertes Defizitium. Ueber die Handhabung der Justiz ist es schwer, keine Satire zu schreiben. Die Militärherrschaft bei Verboden von Jugendstrafen muß aufhören. Unglaublich ist es, daß sogar die Unterrebung halten, sondern liegen“ nachzudruden verboten wurde. Der Burgfrieden ist nicht so zu verstehen, daß keine Gegenpflicht bestehen darf. Das ist in einem 70 Millionen-Volk nicht denkbar. Auch der Weltkrieg ist nur mit der öffentlichen Meinung zu gewinnen. Dem Volke sollte nichts vorenthalten werden. Es muß ihm gesagt werden, daß nicht alles gut recht und daß es keine Pflicht und Schuldigkeit um so mehr zu tun hat. Wir müssen

auch vor Beendigung des Krieges über das künftige wirtschaftliche Problem klar sein. Besondere Beachtung sollte den Reuter-Meldungen gegenüber obwalten. Auch die Beschlüsse aus Washington sind wohl meist gefällig. Die „Kanzonen“, Erörterung war geradezu eine befriedigende Last für die deutsche Öffentlichkeit. Wenigstens wird von einem nach anderen Tag die Kriegswirtschaft in Friedenswirtschaft übergehen kann, dann man plötzlich über Friedensziele schreiben, nachdem man 20 Monate lang hat schweigen müssen. Der Friede ist nicht nur von den Diplomaten zu machen, das Volk muß gehört werden. (Beifall.)

Abg. Dr. Dersel (konf.): Wie gefährlich heute noch die Spionage in Deutschland ist, was auch die Sozialdemokratie. Deshalb können wir auf den Belagerungszustand nicht verzichten. Die Justiz der Jugendstrafen und der Bürgenlosigkeit halte ich unter Umständen für geboten. Die Justiz muß den Reuter-Meldungen gegenüber angebracht sein. Die Vorgenur wird als besonders drückend empfunden.

Der Burgfrieden darf kein Friedensbrot sein. Wie müssen uns betämpfen, wir müssen uns aber auch verteidigen. Weshalb darf über die Fallstricke des Eintrags in die Untererschöpfung nichts gesagt werden? Das Volk versteht das nicht. Die Frist bis zur Freigabe der Kriegserörterung darf nicht zu weit gesteckt werden. Was kann es schaden, wenn wir unsere Meinung offen und ehrlich aussprechen, daß die deutschen Grenzen nach Osten und Westen erweitert werden müssen. Wer von uns würde es angeht die Vermüllung Döhrhens bei den bisherigen Grenzen befehlen wollen. Weshalb dürfen wir das nicht sagen? Die Mißbehagungen Rußlands entspringen dem Empfinden des deutschen Volkes durchaus. Eine Notwendigkeit, die Belagerungszustand zu ändern, verneinen wir nicht. Das geht aber nicht bis zum 15. März. Ein Vorwurf gegen die militärischen Stellen ist unangebracht.

Abg. Feine (Soz.): Wir haben heute eine ersteide Gimmütigkeit in der Beurteilung der Pressejustiz gefunden, weil wir sie nur neulich bei Beratung des Baralongmordes gefunden haben. Was die Kriegsziele anbelangt, so soll man nicht vorzeitig des Büßen Teil verteilen. Wir jüden diesen Krieg um der Heimat willen.

Ministerialdirektor Dr. Semad: Mit dem ersten Teile der Resolution, wonach keine Einrichtungen zur Beschränkung der Pressefreiheit getroffen werden dürfen, ist auch Herr Minister v. Döbeln einverstanden. Die Justiz wird auch als ein notwendiges Uebel. Die Justiz ist die Bestrafung der öffentlichen Meinung.

Abg. Ballermann (f. Sp.): Wir möchten eine Zusatz-Projektion beantragen.

Abg. Ballermann (nl.) beantragt Vermehrung der fortgeschritten-nationalliberalen Resolution an die Kommission. Darauf wird ein Beschlußantrag angenommen.

Abg. Hieschtritt protestiert dagegen, daß man ihm das Wort nicht erteilt hätte.

Abg. Dittmann (Soz.) behauptet, daß ihm das Wort durch den Beschlußantrag abgenommen sei. Die Resolutionen der Kommission werden angenommen, die fortgeschritten-nationalliberalen zurückgewiesen, die sozialdemokratischen angelehnt. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Präsident Dr. Kaempf genehmigt in seiner Schlußrede der Entschlossenheit des deutschen Volkes, das zu allen Opfern bereit sei.

Staatssekretär Dr. Deßloch verliest die kaiserliche Verordnung auf Vertagung des Reichstages bis zum 15. März. Präsident Dr. Kaempf schließt die Tagung mit einem bedauerlichen Hoch auf Kaiser, Volk und Vaterland, Schluß um 5 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

Eine neue Reichstagsfraktion.

WTB. Berlin, 18. Januar. Im Reichstag hat sich unter dem Namen Deutsche Fraktion eine neue Fraktion gebildet, der bisher 20 Mitglieder beigetreten sind, darunter auch der Abg. Dr. Wendt und Graf Poldowski-Wehner. Von Beisitzenden wählte die Fraktion den Abg. Freiherrn v. Camp-Wasshausen.

Die Konfessionen dürften über diese Neubildung, die deutscher sein möchte als die übrigen deutschen Parteien, so gar als die Deutschnationalen, nicht sehr erfreut sein; ihr Fühlen wird dadurch noch tiefer. Im übrigen möchte man Wahler stehen werden. Uns scheint das nicht recht wünschenswert, wenn ihre Mitglieder gegen die Konfessionen opponieren wollen. Oder — verfallen die Ratten ein ständendes Schiff?

Antrag der beiden liberalen Parteien zum Gesetz über den Belagerungszustand.

c. B. Berlin, 18. Januar. Die fortschrittliche Volkspartei und die Nationalliberalen haben heute gemeinsam im Reichstage den Antrag eingebracht, dem Herrn Reichstanzler zu ersuchen, dem Reichstag bei Beginn des nächsten Sitzungsdurchschnittes einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die auch während des Krieges unantastbaren Sicherheiten hinsichtlich der Eingriffe der Militär Gewalt in das bürgerliche Leben gesichert werden, und die Verantwörtlichkeit für diese Maßnahmen geregelt wird.

Halle und Umgebung.

Halla, den 19. Januar 1916.

Das Gaswerk.

Die Zahl der Müngasnehmer hat sich von 98 auf 1137 und 1041 Stck vermehrt, mit einem Gasverbrauch von 131 506 Tsd. Davon entfallen 29 842 Stck auf Anlagen nach Form A mit dem Gasrohr von 18 Zoll für 1 Stck, und 101 664 Stck auf Anlagen nach Form B mit dem Gasrohr von 10 Zoll. Die 1 Stck

